

Raus aus der Sackgasse!

Die Ziele für die gemeinsame Agrarpolitik müssen neu definiert werden

Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein
und
Martin Häusling, Mitglied des Europäischen Parlaments
und agrarpolitischer Sprecher der Fraktion Die Grünen//EFA

Vor einem Jahr haben wir das Papier „Fundamente statt Säulen“ veröffentlicht, das eine grundsätzliche Abkehr vom Prinzip der 1.Säule-Zahlungen forderte. Darin haben wir aufgezeigt, wie ineffizient das derzeitige System der EU-Agrarförderung ist, denn die Direktzahlungen werden an die Bodenbesitzer durchgereicht und es gibt keine ökologische Lenkungswirkung. Eine grundsätzliche Abkehr vom Prinzip der Erste Säule-Zahlungen war daher Forderung des Papiers. Die Reaktion darauf war divers. Mittlerweile haben mehrere Studien nachgewiesen, dass das Greening uneffektiv ist, einen teilweise abstrus hohen bürokratischen Aufwand mit sich bringt und eine grundlegendere Reform der Agrarpolitik notwendig ist.

Das letzte Jahr war dominiert von der dramatischen Einkommenssituation der konventionellen Milchviehbetriebe. Die Verunsicherung vieler Bäuerinnen und Bauern angesichts schlechter Ernten und Preise ist greifbar. In dieser Situation sind die sonst so verhassten Zweite-Säule Gelder plötzlich einkommensstabilisierend. Viele Bauern nehmen lieber 300 Euro für den Weidegang, als ihre Kühe und die Melkleistung immer weiter hochzujazzen, schlicht, weil das sicheres Geld ist.

An dieser Stelle stehen wir heute, und die Diskussion, die wir vor einem Jahr angestoßen haben, hat jetzt die Chance, aus der Frontstellung rauszukommen und nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch geführt und gewonnen zu werden.

Ein erklärtes Ziel im 2009 erneuerten Grundlagenvertrag über die Arbeitsweise der EU ist unter anderem: „... der landwirtschaftlichen Bevölkerung, insbesondere durch Erhöhung des Pro- Kopf-Einkommens der in der Landwirtschaft tätigen Personen, eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten...“ Dieses Ziel wird seit Jahren verfehlt. Landwirtschaftliche Einkommen erreichen in der EU nicht einmal 50 Prozent der Einkommen in anderen Branchen¹.

Die aktuelle Krise der Landwirtschaft in Europa zeigt, dass das Modell einer einseitigen und bedingungslosen Export- und Wachstumsorientierung der Landwirtschaft korrigiert werden muss. Diese Ausrichtung führt zu einer Abhängigkeit von Weltmarktpreisen, die den Begriff des „Marktes“, der ja auch freie Marktteilnehmer voraussetzt, aushöhlt. Darüber hinaus wird in einer ganzen Reihe von Zielländern der europäischen Exporte die Entwicklung einheimischer Märkte und existenzsichernder Einkommen von Erzeugern extrem erschwert, oft sogar zerstört. Vor allem aber profitieren die Erzeuger in Europa

1 [®] <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+REPORT+A7-2010-0204+0+DOC+PDF+V0//DE>

nicht vom viel gelobten Markt. Auch hier reichen die am Markt erzielten Einkommen oft nicht zur Sicherung der Existenz.

Das Marktversagen sieht man auch daran, dass die Landwirte im Gros auf ein Überangebot nur mit einer noch größeren Ausweitung der Produktion antworten können, auf Kosten der Umwelt, der Biodiversität sowie der Tiere. Diesen Teufelskreis kritisieren nicht nur Verbrauchergruppen oder Sachverständige in Europa zunehmend, sondern auch Bauern fangen an, sich für Alternativen zu interessieren.

Die bestehende Prämienzahlung aus der ersten Säule der EU-Agrarförderung ist eine verdeckte Subvention für die exportorientierte Lebensmittelindustrie und den Handel, zu Lasten regionaler Märkte und der Erzeugereinkommen. Ablesen kann man das an der Preispolitik des Lebensmitteleinzelhandels z.B. bei der Milch, der die Preise niedrig hält.

Ablesen kann man das auch an den Gewinnen der Molkereien. Im Wirtschaftsjahr 2014-2015 haben sieben Prozent der Milchviehbetriebe aufgegeben. Für 2015-2016 rechnen Experten mit einem Rückgang von noch einmal bis zu zehn Prozent. Dem gegenüber fallen die Bilanzen der Molkereien nicht schlecht aus. Wie ist zu erklären, dass die Molkereien einen guten Schnitt machen, während jeder Milchbauer pro Kuh 1000 Euro Minus macht? Nach dem Wegfall des Russland-Marktes und nach dem Nachfragerückgang in China sind in der Tat neue Märkte erschlossen worden. 2015 – im Krisenjahr - ist die Exportmenge in andere Regionen gegenüber 2014 gestiegen, eben weil die Rohmilchpreise so gering sind. Der niedrige Auszahlungspreis für die Bauern und die hohen Gewinne der Molkereien sind also kein Widerspruch. Sie sind ursächlich verknüpft. Erst durch die Billig-Produktion - und die damit zwangsläufig einhergehenden Hofaufgaben – wird den Wachstumsbetrieben der Branche eine Wachstums- und Exportstrategie ermöglicht.

An der Milchkrise wird exemplarisch deutlich, dass es bei der Frage, wie die Landwirtschaft der Zukunft aussehen soll, um grundsätzliche Fragen geht: Ist eine weitergehende Kostenminimierung mit dem Ziel, möglichst große Weltmarkanteile zu sichern, richtig, mit allen Konsequenzen wie Hofaufgaben, Industrialisierung, Lohnmast, Fremdkapital? Oder sollten wir versuchen, einen anderen einzuschlagen?

Unsere Antwort ist: Ja, die bestehende Agrarpolitik ist eine Sackgasse und wir brauchen einen Weg aus ihr raus. Worauf wir in Europa (und weltweit) setzen müssen, ist eine nachhaltige, ressourcenschonende und tiergerechte Landwirtschaft, die sich auf ihre eigenen Stärken und wo immer möglich auf die eigene lokale Verarbeitung und Märkte besinnt. Das generiert auch mehr Wertschöpfung in der Region und höhere Einkommen für die Landwirtschaft. Alles spricht dafür, aus dem Gegeneinander zwischen Umwelt- und Tierschützern einerseits und Bauern andererseits jetzt ein Miteinander zu machen, alternative Märkte für Umwelt- und Tierdienstleistungen anzubieten und mit den Bauern ein Bündnis für eine ökologisierte Landwirtschaft im ländlichen Raum zu schließen.

Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen auszugeben, bedeutet, dass Gelder der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nur noch für Leistungen für Umwelt-, bzw. Klima- oder Gewässerschutz sowie für Tierschutz und für sinnvolle strukturelle Investitionen in die ländliche Wertschöpfung bezahlt werden. Da diese öffentlichen Leistungen bisher nicht offizielle Ziele des Art. 39 AEUV (Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union) sind, halten wir entsprechend eine Anpassung der Ziele für die gemeinsame Agrarpolitik für erforderlich. Das ist der politische Hebel. Und eine Bundesregierung, die für die Bauern und die Umwelt ist, muss ihn ziehen.

Viel wäre auch gewonnen, wenn die Neuordnung der Agrarpolitik die Bürokratie für Bauern und Agraradministration geringer würde. Das Greening und seine vielen Ausnahmen haben zu einem regelrechten bürokratischen Overkill für die Bauern und die Verwaltung geführt. Komplexe Modelle, um Nachhaltigkeitsstandards mit vielen messbaren Indikatoren zu erreichen, mögen für wissenschaftliche Erkenntnisse sinnvoll sein. Da aber - als Gegenleistung für einen Zahlungsanspruch - jedoch im Detail zu kontrollieren wäre, ob sie eingehalten werden, scheiden sie von vorn herein aus. Das ist schlicht nicht leistbar. Belastbare Untersuchungen beispielsweise zur Biodiversität oder zur Bodenfruchtbarkeit sind kurzfristig für diesen Zweck nicht durchführbar.

Es bedarf stattdessen einfacher Alternativmodelle. Die Arbeit an solchen hat - seit „Fundamente statt Säulen“ – erstaunliche Fortschritte gemacht. Wir halten es für möglich, ja wahrscheinlich, dass die öffentlichen Güter entlang eines Punktesystems leicht und überschaubar beantragt und ausgezahlt werden können.

Ein solches System orientiert sich am ökologischen Landbau mit seinem Erhalt der biologischen Vielfalt, einer stabilen Regionalentwicklung und der Vermeidung von Landflucht, der nachhaltigen Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser, der Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen und des Klimaschutzes. Aber es soll ausdrücklich eine Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft bewirken. Es soll den Abstand zwischen konventionellen Betrieben und Ökobetrieben verringern. Umweltdienstleistungen werden nicht mehr als Verlust von Fläche oder Produktion wie beim Greening bewertet, sondern sind intrinsischer Bestandteil der Landwirtschaft selbst. Eben das der neue Ansatz.

Konsequenterweise wäre das Verbot der „Überförderung“ zu streichen. Bauern sollen ja mit Ökologie und Tierwohl mehr verdienen als ohne! An dieser Stelle wird das Modell attraktiv für die Landwirte. Die Förderung würde so zu einem Fundament für neue Einkommen, sie schafft neue Märkte - Märkte für Tierwohl, Umweltschutz und landwirtschaftliche Produkte, in denen beides steckt. Es wäre eine Alternative für Bauern, und sie könnten sich für etwas anderes entscheiden: fürs Raus aus der Sackgasse.

Berlin, den 5. September 2016